



## Niederschrift

### 37. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 19.04.2012
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:13 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr Pete Heuer	SPD	Sitzungsleitung
-----------------	-----	-----------------

##### Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE	
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Dr. Ralf Otto	SPD	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Christine Anlauff	Die Andere	
Herr Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis	

##### sachkundige Einwohner

Herr Tino Henning	DIE LINKE	
Herr Manfred Kleinert	DIE LINKE	
Frau Jacqueline Krüger	FDP	
Herr Andreas König	Behindertenbeirat	
Frau Elke Lentz	SPD	
Herr Wolfgang Schwarze	DIE LINKE	
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	
Herr Horst Siebenhaar	Seniorenbeirat	
Herr Rolf Sterzel	SPD	
Herr Andreas Vogel	DIE LINKE	
Herr Andreas Walter	Grüne/B90	
Frau Carola Walter	BürgerBündnis	

##### Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit
---------------------------------	--

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Hans-Peter Michalske	SPD	entschuldigt
Frau Franziska Schneider	Familienpartei	entschuldigt

##### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Peter Kaminski	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	entschuldigt

## **sachkundige Einwohner**

Herr Hans Becker	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Holger Wolinski	SPD	entschuldigt

## **Gäste:**

Frau Birgit Morgenroth	Fraktion SPD
Herr Franz Blaser	Ortsvorsteher Groß Glienicke
Frau Bischoff	Anwohnerin Groß Glienicke
Herr Lars Krampitz	FB Stadtplanung und Stadterneuerung
Herr Frank Lenz	Anwohner Ruinenbergkaserne
Herr Reik Becker	FB Grün- und Verkehrsflächen
Frau Marina Kluge	FB Ordnung und Sicherheit
Herr Lars Schmäh	Bereich Umwelt und Natur
Frau Dr. Ursula Löbel	Sicherheitskonferenz
Frau Martina Spyra	Schritfführerin

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.03.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Wiedervorlagen
  - 2.1 Parkraumbewirtschaftungskonzept  
Vorlage: 11/SVV/0641  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
  - 2.2 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung)  
Vorlage: 11/SVV/0642  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
  - 2.3 Reduzierung von Verkehrslärm in der Friedrich-Engels-Straße  
Vorlage: 12/SVV/0031  
Fraktion SPD
  - 2.4 Stadtentwicklungskonzept Verkehr (StEK Verkehr)  
Vorlage: 12/SVV/0033  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
  - 2.5 Ökologische Baubegleitung bei Straßenbaumaßnahmen  
Vorlage: 12/SVV/0086  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
(ff)
  - 2.6 Verkehrsberuhigung Straße Am Sportplatz Groß Glienicke  
Vorlage: 12/SVV/0123  
Fraktion SPD
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.1 Auslobung städtebaulicher Wettbewerbe  
Vorlage: 12/SVV/0211  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

- 3.2 Lärmaktionsplan umsetzen  
Vorlage: 12/SVV/0212  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.3 Tempo 30 in schadstoffbelasteten Stadtgebieten  
Vorlage: 12/SVV/0214  
Fraktion Die Andere  
Äa Fraktion FDP
- 3.4 Billigung der Abwägung und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 65 "Ruinenbergkaserne"  
Vorlage: 12/SVV/0217  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4 Berichte und Informationen
- 4.1 Eingriffe in das Naturschutzgebiet "Obere Wublitz"
- 4.2 Graffiti an der Straßenbahnhaltestelle Betriebshof West
- 5 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Heuer.

#### **zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.03.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

#### **Bestätigung der Niederschrift vom 22.03.2012**

Zur Niederschrift gibt es keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche. Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Niederschrift.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

#### **Abstimmung zur Tagesordnung:**

Herr Heuer schlägt vor, die Drucksache 12/SVV/0031 „Reduzierung von Verkehrslärm in der Friedrich-Engels-Straße“ aufgrund der Erkrankung von Herrn Michalske zu vertagen.

Des Weiteren sollte die Drucksache 12/SVV/0086 „Ökologische Baubegleitung bei Straßenbaumaßnahmen“ zurückgestellt werden, da der KOUL-Ausschuss hier federführend ist und der Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen noch nicht abschließend beraten hat.

Zu folgenden Drucksachen liegen dem Ausschussvorsitzenden Anträge auf Rederecht vor: Zur DS 12/SVV/0123 „Verkehrsberuhigung Straße Am Sportplatz Groß Glienicke“ hat Frau Bischoff (Anwohnerin) Rederecht beantragt. Zur DS 12/SVV/0217 liegt ein Antrag auf Rederecht von Herrn Lenz (Anwohner) vor. Herr Heuer schlägt vor, diese beiden Anträge deshalb in der Reihenfolge der Beratung vorzuziehen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

**zu 2 Wiedervorlagen**

**zu 2.1 Parkraumbewirtschaftungskonzept**

**Vorlage: 11/SVV/0641**

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Aufgrund des inhaltlichen Zusammenhanges werden die Drucksachen 11/SVV/0641 und 11/SVV/0642 gemeinsam beraten und getrennt abgestimmt.

Herr Becker (FB Grün- und Verkehrsflächen) bringt die neue Fassung der Drucksache ein und erläutert diese. Er weist darauf hin, dass lediglich 5 % der Parkenden in der Innenstadt mehr als 3 Stunden parken.

Herr Jäkel bringt folgende **Änderungsanträge** ein und begründet diese:

**Änderungsantrag zur DS 11/SVV/0641:**

*Der Beschlusstext ist um folgenden Satz zu ergänzen:*

*Die Anhebung von Parkgebühren wird auf Parkvorgänge von länger als 3 Stunden beschränkt.*

**Änderungsantrag zur DS 11/SVV/0642:**

*Der Absatz 3 Parkgebühren ist im Punkt 3.1 Parkzone 1 wie folgt zu ändern:*

*Die Parkgebühren betragen für das Parken je Zeiteinheit in den Grenzen der Parkzone 1:*

*je halbe Stunde 0,50 € bzw. je Stunde 1,00 € für Parkzeiten bis einschließlich 3 Stunden.*

*Die Parkgebühren betragen*

*je Stunde 1,50 € für Parkzeiten größer als 3 Stunden.*

*Der Absatz 3 Parkgebühren ist im Punkt 3.2 Parkzone 2 wie folgt zu ändern:*

*Die Parkgebühren betragen für das Parken je Zeiteinheit in den Grenzen der Parkzone 2:*

*je Stunde 0,50 € für Parkzeiten bis einschließlich 3 Stunden.*

*Die Parkgebühren betragen  
je Stunde 1,00 € für Parkzeiten größer als 3 Stunden.*

Herr Kirsch weist darauf hin, dass in Babelsberg die Parkgebühren durch die Geschäfte übernommen werden.

Herr Dr. Gunold macht deutlich, dass die von Herrn Jäkel eingebrachten Änderungsanträge nicht die Ansicht der gesamten Fraktion DIE LINKE widerspiegeln.

Herr Rietz macht deutlich, dass wenn die eingenommenen Mittel für den Erhalt der Straßen eingesetzt werden, haben auch die Autofahrer davon einen Vorteil.

Frau Krüger fragt, ob die Mittel dem Straßenbau zu gute kommen.

Herr Becker betont, dass dies so im Haushaltsplan festgehalten ist.

Frau Anlauff fragt, ob am Ende des Jahres eine Übersicht über die Einnahmen gegeben werden kann.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag.

**Änderungsantrag:**

Der Beschlusstext ist um folgenden Satz zu ergänzen:

Die Anhebung von Parkgebühren wird auf Parkvorgänge von länger als 3 Stunden beschränkt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 1

Ablehnung: 7

Stimmenthaltung: 0

*Somit ist der Änderungsantrag abgelehnt.*

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

**Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung in Anlehnung an das vorgelegte Parkraumbewirtschaftungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam als Grundlage zur Änderung der Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 0

**zu 2.2 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung)**

**Vorlage: 11/SVV/0642**

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag.

### **Änderungsantrag:**

Der Absatz 3 Parkgebühren ist im Punkt 3.1 Parkzone 1 wie folgt zu ändern:  
Die Parkgebühren betragen für das Parken je Zeiteinheit in den Grenzen der Parkzone 1:

je halbe Stunde 0,50 € bzw. je Stunde 1,00 € für Parkzeiten bis einschließlich 3 Stunden.

Die Parkgebühren betragen

je Stunde 1,50 € für Parkzeiten größer als 3 Stunden.

Der Absatz 3 Parkgebühren ist im Punkt 3.2 Parkzone 2 wie folgt zu ändern:  
Die Parkgebühren betragen für das Parken je Zeiteinheit in den Grenzen der Parkzone 2:

je Stunde 0,50 € für Parkzeiten bis einschließlich 3 Stunden.

Die Parkgebühren betragen

je Stunde 1,00 € für Parkzeiten größer als 3 Stunden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 1

Ablehnung: 7

Stimmhaltung: 0

*Somit ist der Änderungsantrag abgelehnt.*

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

### **Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

Die Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung).

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7

Ablehnung: 1

Stimmhaltung: 0

### **zu 2.3 Reduzierung von Verkehrslärm in der Friedrich-Engels-Straße**

**Vorlage: 12/SVV/0031**

Fraktion SPD

*Der Antrag wird zurückgestellt.*

### **zu 2.4 Stadtentwicklungskonzept Verkehr (StEK Verkehr)**

**Vorlage: 12/SVV/0033**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Heuer verweist auf den Beschlusstext der vorliegenden Drucksache und macht deutlich, dass die Ziffer 2 das beschreibt, was auch die Stadtverordnetenversammlung fordert.

Er schlägt vor, den ersten Anstrich des Änderungsantrages von Herrn Jäkel zu beschließen.

Die anderen Punkte des Änderungsantrages werden zu Protokoll genommen und zu einem späteren Zeitpunkt beraten werden.

Herr Jäkel erklärt sich mit dem Verfahrensvorschlag einverstanden. Er bringt seiner **Änderungsantrag** ein und erläutert diesen.

„Der bisherige Punkt 1 der DS ist zu streichen.

Es sind folgende Punkte zu ergänzen:

1. Für das Zielkonzept 2025 ist zur vertraglichen Bewältigung der wachsenden Verkehrsmengen im die Havel überquerenden KFZ-Verkehr die Havelspanne am Templiner See zu berücksichtigen.

2. Die Karte 23 Fortschreibungsszenario ist in Übereinstimmung mit dem FNP zu korrigieren: ISES Option nur bis Dortustraße.

3. Für längerfristige Planung ist die Option Tunnel unter der Behlerstraße/Am Neuen Garten/Alleestraße weiter zu untersuchen.

4. Im ÖPNV-Zielnetz 2025 ist die Ortslage Eiche durchschneidende Straßenbahntrasse nach Golm zu entfernen (Text und Karte 30).

Der bisherige Punkt 2. wird 5.“

Herr Schütt schließt sich dem Vorschlag der Streichung des ersten Punktes des Beschlusstextes an, da dieser Punkt gegen Beschlusslage der StVV verstößt.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag.

#### **Änderungsantrag:**

Der bisherige Punkt 1 der Drucksache ist zu streichen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die so geänderte Drucksache.

#### **Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

1. ~~Orientierung für die zukünftige Verkehrsentwicklung der Landeshauptstadt sollen die mit dem Szenario „Nachhaltige Mobilität“ des StEK Verkehr (Anlage 2) verfolgten Ziele und Maßnahmen sein.~~

2. Wegen der umfassenden Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung des Verkehrs und der Bedeutung einer breiten Verankerung dieser Ziele sollen Konzept und Szenario vor der abschließenden politischen Entscheidung intensiv öffentlich diskutiert werden. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Prozess entsprechend Anlage 1 zu organisieren und das Konzept mit Auswertung der Beteiligungsergebnisse zur abschließenden Beratung erneut vorzulegen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

## **zu 2.5 Ökologische Baubegleitung bei Straßenbaumaßnahmen**

### **Vorlage: 12/SVV/0086**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
(ff)

*Die Drucksache wird zurückgestellt.*

**zu 2.6 Verkehrsberuhigung Straße Am Sportplatz Groß Glienicke**  
**Vorlage: 12/SVV/0123**  
Fraktion SPD

Frau Morgenroth (Fraktion SPD) bringt den Antrag ein und schildert die Situation vor Ort. Sie weist darauf hin, dass durch die Verwaltung bereits zweimal die Möglichkeit der Einrichtung einer verkehrsberuhigten Zone mit abschlägigem Ergebnis geprüft wurde.

Frau Bischoff (Anwohnerin) schließt sich dem an und macht deutlich, dass in dieser Straße sehr schnell gefahren wird ohne zu berücksichtigen, dass dort auch Senioren und Kinder unterwegs sind. Schilder, die vorhanden sind, werden von den Kraftfahrern ignoriert.

Frau Kluge (FB Ordnung und Sicherheit) weist darauf hin, dass der Sachverhalt umfassend geprüft und der Ortsbeirat ausführlich informiert wurde. Sie macht deutlich, dass sich die Straße abseits des Hauptstraßennetzes befindet. Aus einer Gefahrenanalyse geht hervor, dass das durch die Gestaltung der Straße erzwungene Anpassungsverhalten der Fahrzeugführer die Bereitschaft zur eigenverantwortlichen Beurteilung der Verkehrssituation erhöht.

Aktuell veranlasste Verkehrszählungen und Geschwindigkeitsmessungen belegen, dass der überwiegende Teil der Verkehrsteilnehmer mäßige Geschwindigkeit fährt.

Das Verkehrsaufkommen in dieser Sackgasse ist im Vergleich zu anderen innerörtlichen Erschließungsstraßen als sehr gering einzustufen.

Zur Sensibilisierung der Fahrzeugführer auf die besonderen örtlichen Einrichtungen wurden im Dezember 2011 im Abschnitt zwischen der Senioreneinrichtung und der Einmündung Hechtsprung die Gefahrenzeichen „Kinder“ in Verbindung mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h, verbunden mit einer zeitlichen Beschränkung von 7:00 bis 18:00 Uhr, angeordnet. Weitere Verkehrsbeschränkungen sind in Ermangelung einer Ermächtigungsgrundlage unzulässig. Zur beantragten Installation einer Rückhalteeinrichtung zwischen dem Eingangsbereich der Kita und dem Gehweg bestehen keine Bedenken.

Herr Blaser (Ortsvorsteher Groß Glienicke) berichtet, dass im Ortsbeirat ein ähnliche lautender Antrag bereits behandelt wurde. Der Ortsbeirat ist der Auffassung, die Frau Morgenroth bereits vorgetragen hat.

Herr Menzel macht deutlich, dass aus seiner Sicht die baulichen Voraussetzungen für eine verkehrsberuhigte Zone vorhanden sind.

Herr Kirsch schlägt vor, den vorliegenden Antrag in einen Prüfauftrag umzuformulieren.

Herr Menzel bringt folgenden **Änderungsantrag** ein: „Der Oberbürgermeister wird **beauftragt**, geeignete Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, insbesondere zur Geschwindigkeitsbeschränkung, in der Straße „An der Sporthalle“ zu ergreifen.“

Frau Morgenroth übernimmt den Änderungsantrag von Herrn Menzel.

**Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird ~~gebeten~~ **beauftragt**, geeignete Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, insbesondere zur Geschwindigkeitsbeschränkung, in der

Straße „An der Sporthalle“ zu ergreifen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 2

**zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 3.1 Auslobung städtebaulicher Wettbewerbe**

**Vorlage: 12/SVV/0211**

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD

Herr Walter bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Krampitz (FB Stadtplanung und Stadterneuerung) erklärt, dass die Verwaltung dies grundsätzlich begrüßt, so aber aus finanziellen Gründen und wegen der erforderlichen langen Verfahren nicht umsetzen kann.

Die Einbeziehung der im Antrag dargestellten Aspekte der Nutzung regenerativer Energien und nachhaltiger Bauweisen in städtebauliche Wettbewerbsverfahren und deren quantitative Prüfung wäre mit einem sehr hohen Aufwand verbunden. Mit den stetig wachsenden Anforderungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) entstehen den Bauherren und Architekten mit ihren Energieplanern ohnehin enge Vorgaben für die Gebäudeplanung, mit denen sie sich frühzeitig bei der Entwicklung ihrer Bauvorhaben auseinandersetzen müssen. Zusätzlicher Vorgaben über ein Wettbewerbsverfahren bedarf es daher nach Überzeugung der Verwaltung nicht. Eine stärkere Gewichtung dieser Aspekte in einem Wettbewerbsverfahren könnte sogar dazu führen, dass anderen bedeutenden Aspekten dieses Wettbewerbs ein zu geringer Stellenwert beigemessen wird.

Herr Walter weist darauf hin, dass die Verwaltung prüfen sollte, wie dies im Bau-recht untergebracht werden kann.

Frau Müller-Preinesberger macht auf das Klimaschutzkonzept aufmerksam. Sie fragt, ob es möglich ist, die Mehrkosten dem damit erzielten Nutzen gegenüber zu stellen.

Herr Kirsch findet das Ansinnen des Antrages lobenswert, kann aber die Möglichkeiten der Umsetzung nicht einschätzen. Der Antrag sollte in einen Prüfauftrag umgewandelt werden.

Herr Menzel äußert seine Bedenken, dass im Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen die Interessen der Investoren höher wiegen als die des Umweltschutzes.

Herr Krampitz macht darauf aufmerksam, dass die Verwaltung verpflichtet ist, sorgsam mit öffentlichen Mitteln umzugehen. Deshalb der Hinweis auf die hohen finanziellen Auswirkungen. Die Umsetzung des Klimaschutzgesetzes erfolgt unabhängig von städtebaulichen Wettbewerben.

Herr Kirsch wirbt dafür, aus dem vorliegenden Antrag einen Prüfauftrag zu machen.

Herr Schütt unterstützt den Vorschlag von Herrn Kirsch.

Herr Walter merkt an, dass es bereits vor ca. 5 Jahren einen Antrag zum Thema „Energieeffizienz“ gab, zu dem Aussagen vorliegen.

Herr Heuer stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**: *Die Drucksache wird vertagt und das Anliegen mit Antrag aus 2009 passfähig gemacht.*

Kirsch bittet darum, dass die Verwaltung die Kosten zum Konzept vorlegt.

Herr Kleinert macht darauf aufmerksam, dass das Thema Klimaschutz sehr komplex ist und in seiner Gesamtheit zu betrachten ist.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über die Vertagung der Drucksache.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 0

*Somit wird die Drucksache zurückgestellt.*

**zu 3.2 Lärmaktionsplan umsetzen**

**Vorlage: 12/SVV/0212**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Menzel bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Schmäh (Bereich Umwelt und Natur) macht deutlich, dass für die Umsetzung des Lärmaktionsplanes der Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen zuständig ist. Es gibt diesbezüglich bereits einen verwaltungsinternen Austausch. Die Lärmaktionspläne sind bereits als Umsetzungskonzepte einzuordnen, die die Verwaltung in ihren Planungen und Handlungen zu berücksichtigen und abzuwägen hat. Die Umsetzung der Lärminderungsmaßnahmen erfolgt schrittweise im Rahmen der kommunalen Aufgaben im Straßenbau, in der Verkehrsplanung, der Verkehrssteuerung sowie der Straßenverkehrsbehörde.

Für die Umsetzung von Maßnahmen zum Lärmschutz sind derzeit keine eigenen Finanzmittel eingestellt, die Umsetzungsmaßnahmen werden aber bei anstehenden baulichen Maßnahmen berücksichtigt.

Herr Menzel bittet um konkrete Aussagen.

Herr Heuer regt an, Termin der Vorlage des Konzeptes auf Oktober 2012 zu schieben.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

**Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Umsetzungskonzept erstellen zu lassen, dass die Schritte der Maßnahmen, die im Lärmaktionsplan zur Verringerung der Lärmbelastung umgesetzt werden sollen, aufzeigen.

Das Konzept ist der Stadtverordnetenversammlung in der  ~~Juni~~ **Oktober** Sitzung 2012 vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

**zu 3.3 Tempo 30 in schadstoffbelasteten Stadtgebieten****Vorlage: 12/SVV/0214**

Fraktion Die Andere  
Äa Fraktion FDP

Frau Anlauff bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Krüger bringt den Ergänzungsantrag der Fraktion FDP ein und begründet diesen.

Herr Schwarze macht deutlich, dass die Hauptprobleme zu den Hauptverkehrszeiten auftreten. Mit dem Antrag wird das eigentliche Problem nicht gelöst.

Herr Rietz schließt sich dem an.

Auch Herr Jäkel stimmt dem zu.

Herr Kirsch weist darauf hin, dass es schwierig ist, Verkehrssicherheit zu messen.

Herr Heuer macht darauf aufmerksam, dass seit kurzem durch die Pfortnerampeln die Verkehrsmenge reduziert wird. Mit dem vorliegenden Antrag wird der derzeitige Probelauf der Pfortnerampeln konterkariert. Er schlägt vor, dass Ansinnen des Antrages zurückzustellen bis ein Ergebnis des Probelaufs der Pfortnerampeln vorliegt.

Frau Kluge (FB Ordnung und Sicherheit) verweist auf die vorgeschriebenen Richtwerte hin, die anzuwenden sind. Die einzige Ermächtigung für eine Geschwindigkeitsreduzierung wäre der Lärm. Sie plädiert dafür, die Auswertung der Ergebnisse des Probelaufs der Pfortnerampeln abzuwarten und dann ggf. über weitere Maßnahmen zu beraten.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass Ermächtigungsgrundlagen vorhanden sein müssen. Durch die Pfortnerampeln soll auch der Verkehrslärm reduziert werden. Sie wirbt dafür, die Anträge zurückzustellen bis die Ergebnisse des Probelaufs vorliegen.

Frau Krüger fragt, ob die Auswirkungen der Pfortnerampeln auch an den Stellen gemessen werden, an denen der Rückstau stattfindet.

Herr Schmäh erklärt, dass es in Potsdam vier Messstellen gibt, die durch das Land betrieben werden. Hier erfolgt Berechnung für das gesamte Hauptstraßennetz.

Frau Anlauff stellt den Antrag bis Oktober 2012 zurück.

### zu 3.4 **Billigung der Abwägung und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 65 "Ruinenbergkaserne"**

**Vorlage: 12/SVV/0217**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Lenz (Anwohner) spricht sich für den Erhalt einer Freifläche und gegen die beabsichtigte Bebauung aus. Auf das Baurecht sollte an dieser Stelle verzichtet werden, da der Bedarf für eine Kinderspielfläche vorhanden ist. Er betont, dass sich auch der Denkmalschutz gegen das Vorhaben ausgesprochen. Bereits im Jahr 2009 fand ein Konsensverfahren zwischen Verwaltung und Anwohnern statt. Des Weiteren weist er darauf hin, dass 2010 mit einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung die Umsetzung der Verkehrsberuhigung zugesichert wurde.

Herr Krampitz (FB) weist darauf hin, dass die Ruinenbergkaserne Teil des Entwicklungsgebiets Bornstedter Feld ist. Er macht deutlich, dass in der Abwägung der Stellungnahmen den Bedenken des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum sowie der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten hinsichtlich des nordöstlichen Baufeldes gefolgt wurde.

Des Weiteren führt er aus, dass bei der Gesamtlärmbelastung des Plangebietes der Straßenverkehr eine erhebliche Rolle spielt. Eine Geschwindigkeitsreduzierung von 50 km/h auf 30 km/h in der Pappelallee im Bereich der Ruinenbergkaserne und des nördlich angrenzenden Schulneubaus würde zwar zu einer Verminderung der verkehrsbedingten Immissionen führen, kann aber innerhalb des Bebauungsplanes nicht erfolgen. Es ist deshalb angestrebt, im Rahmen des Schulentwicklungskonzeptes und des Lärmaktionsplanes eine Tempo 30 Regelung umzusetzen. Perspektivisch sollen Aufpflasterungen in den Kreuzungsbereichen erfolgen. An fünf Stellen werden Kunststoffschwellen zur Geschwindigkeitsreduzierung aufgebracht.

Herr Kirsch hält es für unseriös, mit denkmalrechtlichen Argumenten aufzuwarten, die nicht vorhanden sind.

Herr Jäkel bringt folgenden **Ergänzungsantrag** ein und begründet diesen: *„Die DS möge wie folgt ergänzt werden:*

*3. Im Plangebiet wird ein Baufeld westlich der Schmiedegasse und nördlich vom Bestandsgebäude entfernt.*

*Im als „Allgemeines Wohngebiet gekennzeichneten Abschnitt WA 3 ist zwischen den Gemeinschaftsstellplätzen GSt2 und GSt1 ein Bereich mit Aufenthaltsqualität im Sinne der Kinderspielplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam vorzusehen.“*

Herr Heuer stellt folgenden **Ergänzungsantrag**: *„Das gesamte B-Plan-Gebiet ist als verkehrsberuhigter Bereich auszuweisen und entsprechend zu beschildern.“*

Herr Menzel bringt folgenden **Ergänzungsantrag** ein: *„Schützenswerte Bäume sind im B-Plan auszuweisen.“*

Herr Jäkel weist darauf hin, dass dies bereits erfolgt ist.

Herr Kirsch fragt, ob dann das B-Plan-Verfahren erneut durchgeführt werden muss.

Herr Rietz weist darauf hin, dass in verkehrsberuhigten Bereichen nur auf besonders ausgewiesenen Flächen geparkt werden kann.

Herr Krampitz erklärt, dass die Möglichkeit der Verkehrsberuhigung geprüft wurde. Sollte dies so gewidmet werden, muss mit das B-Plan-Verfahren erneut durchgeführt werden. Er bittet zu bedenken, dass es in diesem Bereich keine Durchgangsverkehre, sondern reine Anwohnerverkehre gibt. Alle Bäume wurden kartiert. Zum Erhalt von schützenswerten Bäumen gab es bereits zahlreiche Umplanungen.

Herr Heuer bittet um Abstimmungen über die Änderungsanträge.

**Änderungsantrag:**

Die DS möge wie folgt ergänzt werden:

3. Im Plangebiet wird ein Baufeld westlich der Schmiedegasse und nördlich vom Bestandsgebäude entfernt.

Im als „Allgemeines Wohngebiet gekennzeichneten Abschnitt WA 3 ist zwischen den Gemeinschaftsstellplätzen GSt2 und GSt1 ein Bereich mit Aufenthaltsqualität im Sinne der Kinderspielplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam vorzusehen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	6
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

**Änderungsantrag:**

Das gesamte B-Plangebiet ist als verkehrsberuhigt auszuweisen und entsprechend zu beschildern.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

Anschließend bittet Herr Heuer um Abstimmung über die so geänderte Drucksache.

**Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:**

1. Das Abwägungsergebnis der Stellungnahmen zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfs Nr. 65 „Ruinenbergkaserne (Anlage 3)
2. der Bebauungsplan Nr. 65 „Ruinenbergkaserne“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen und die dazugehörige Begründung gebilligt (Anlage 1 und 2).

**+ Ergänzung:**

**3. Im Plangebiet wird ein Baufeld westlich der Schmiedegasse und nördlich vom Bestandsgebäude entfernt.**

**Im als „Allgemeines Wohngebiet gekennzeichneten Abschnitt WA 3 ist zwischen den Gemeinschaftsstellplätzen GSt2 und GSt1 ein Bereich mit Aufenthaltsqualität im Sinne der Kinderspielplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam vorzusehen.**

**Das gesamte B-Plangebiet ist als verkehrsberuhigt auszuweisen und entsprechend zu beschildern.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 2

**zu 4 Berichte und Informationen****zu 4.1 Eingriffe in das Naturschutzgebiet "Obere Wublitz"**

Herr Schmäh zeigt anhand eines Lageplanes auf, wo sich das Naturschutzgebiet „Obere Wublitz“ befindet. Er informiert, dass auf einem Privatgrundstück innerhalb des NSG Aufschüttungen aus Bodenmaterialien festgestellt wurden. Es handelt sich hierbei um ein laufendes verwaltungsrechtliches Verfahren und somit ist von einer Diskussion im öffentlichen Raum abzusehen.

Herr Menzel erklärt, dass er angesprochen wurde, da die Bevölkerung den Eindruck hatte, dass die Verwaltung hier nicht tätig geworden ist. Dies ist nach seiner Kenntnis nicht der Fall.

**zu 4.2 Graffiti an der Straßenbahnhaltestelle Betriebshof West**

Frau Dr. Löbel (Sicherheitskonferenz) informiert, dass ihr auf Nachfrage bei den Verkehrsbetrieben Potsdam mitgeteilt wurde, dass an der betreffenden Haltestelle die Fahrpläne und Haltstellenschilder regelmäßig gereinigt werden. Ein- bis zweimal im Jahr erfolgt eine gründliche Reinigung des gesamten Bereiches. Aufgrund der erheblichen Kosten ist eine ständige Reinigung der Graffitis nicht möglich. Verfassungsfeindliche Symbole werden grundsätzlich entfernt.

Herr Jäkel fragt, ob es möglich ist, die Überdachung an der Haltestelle zu entfernen.

Frau Dr. Löbel erklärt, dass eigentlich die ständige schnelle Beseitigung von Graffiti den Effekt bringt, dass keine Graffitis mehr angebracht werden. Dies greift an dieser Stelle nicht.

Nach einer kurzen Verständigung schlägt der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz vor, die Straßenbahnhaltestelle Betriebshof West durch einen professionellen Graffiti-Künstler gestalten zu lassen.

Herr Heuer bittet um Abstimmung über diesen Vorschlag.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

**zu 5 Sonstiges**

Herr Heuer verweist auf die Bitte von Herrn Rietz zur plausiblen Darstellung der Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren durch die Verwaltung. Dies ist im Vorfeld der Sitzung den Ausschussmitgliedern per E-Mail zugesandt worden.

Frau Kluge (FB Ordnung und Sicherheit) erklärt, dass die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) gemäß § 1 der Straßenreinigungssatzung zur Reinigung der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Plätze (öffentliche Straßen) innerhalb der geschlossenen Ortslagen der Landeshauptstadt Potsdam einschließlich der Ortsdurchfahrten und der Bundes- und Landesstraßen verpflichtet. Definiert wird die geschlossene Ortslage im Brandenburgischen Straßengesetz als der Teil des Gemeindegebietes, der in geschlossener oder offener Bauweise zusammenhängend bebaut ist.

Demnach unterbrechen einzelne unbebaute Grundstücke, zur Bebauung ungeeignetes oder ihr entzogenes Gelände oder einseitige Bebauung nicht den Zusammenhang. Der im Straßenreinigungsrecht maßgebliche Begriff der geschlossenen Ortslage stellt auf einen weitläufigen Rahmen der örtlichen Bebauung ab, die sich nur nach den gröberen Umrissen des örtlichen Bebauungsbereiches gegenüber dem freien Gelände absetzen muss.

Im Rahmen der jährlichen Gebührenkalkulation werden alle Straßen der Straßenreinigungssatzung dieser Prüfung unterzogen.

Herr Rietz verweist auf die Bornstedter Straße und erklärt, dass er sich diesbezüglich bilateral mit Frau Kluge verständigen wird.

Herr Jäkel bittet um Überprüfung und Klarstellung und Aufbereitung in einer solchen Weise, dass dies auch nachvollziehbar ist, um einen Beschluss fassen zu können.

Herr Heuer schlägt vor, dass er gemeinsam mit Herrn Rietz und Herrn Jäkel einem bilateralen Gesprächstermin am Tisch von Frau Kluge vereinbart, um das vorgelegte Papier zur Straßenreinigung durchzuarbeiten.

Frau Kluge stimmt dem zu.

**Nächster Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung: 24. Mai 2012, 18:00 Uhr**

**Pete Heuer**  
**Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra**  
**Schriftführerin**